



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SB/04/2018
Gremium: Seniorenbeirat
Tag: Dienstag, 13.11.2018
Ort: Sitzungsraum A.202, Rathaus an der Volme
Beginn: 15:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.09.2018
3. "GEWINN Hagen - Integrierte Kommunale Gesundheitsförderung Wehringhausen in Hagen"
4. Verbindliche Bedarfsplanung für vollstationäre Pflegeeinrichtungen in Hagen 2018 bis 2021 nach § 7 Abs. 6 Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW)
Vorlage: 0907/2018
5. Begegnungsstätten in Hagen - Jahresbericht 2017
Vorlage: 1050/2018
6. 16 Strategische Ziele für Hagen (Version Juli 2018)
Vorlage: 0734/2018
7. Masterplan und Mobilität
8. Bericht aus der Landesseniorenvertretung
9. Bericht aus dem Sozialausschuss
10. Bericht aus den Arbeitsgruppen
11. Bericht aus den Begegnungsstätten
12. Mitteilungen
13. Verschiedenes



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 15:00 Uhr

1. Genehmigung der Tagesordnung

Es erfolgt die einstimmige Feststellung der Tagesordnung, nachdem Frau Sauerwein vorgeschlagen hat, den TOP 11 mit dem TOP 5 zusammenzufassen.

2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.09.2018

Gegen das Protokoll der Sitzung vom 25.09.2018 gibt es keine Einwände, die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

3. "GEWINN Hagen - Integrierte Kommunale Gesundheitsförderung Wehringhausen in Hagen"

Frau Sauerwein begrüßt Frau König und Herrn Matzke vom Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz.

Herr Matzke berichtet, dass sein Aufgabenkreis die Gesundheitsberichterstattung, Gesundheitskonferenz, Aufgaben der Förderung der Selbsthilfe und Gesundheitsförderung von Menschen umfasst. Nach dem Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst besteht der Auftrag zur Gesundheitsförderung und Prävention vor allem für benachteiligte Menschen in sozial schwierigen Lebenslagen. Nach dem Präventionsgesetz sind die Krankenkassen verpflichtet, gesundheitsfördernde Strukturen zu entwickeln und einzurichten. Zur Einrichtung dieser Strukturen bedarf es der Kenntnis vor Ort. Gemäß des § 20 a Sozialgesetzbuch Fünftes Buch (SGB V) sollen die gesundheitsfördernden Projekte in sogenannten „Settings“ erfolgen, d.h. z.B. Schule/Kita oder auch in Stadtteilen.

Die Stadt hat das Projekt auf den Stadtteil Wehringhausen konzentriert, da dort bereits vieles an Strukturbildung und Netzwerken erfolgt ist, welche das Projekt nutzen kann. Als Zielgruppen in Wehringhausen nennt Herr Matzke die älteren Menschen, Familien in sozial belastenden Situationen und Binnenmigranten, hier vor allem Menschen aus Bulgarien und Rumänien.

Herr Matzke berichtet, dass für die Umsetzung des Projektes 190.000 € von den Krankenkassen für zwei Jahre zur Verfügung gestellt wurden.

Frau König berichtet, dass sie Sportwissenschaftlerin ist und das Projekt ab 01.10.2018 umsetzt. Von 74 Kommunen, die einen Förderantrag gestellt haben, wurden nur 8 Anträge bewilligt. Die Menschen sollen in ihren Lebenswelten erreicht werden, d.h. dort wo sie wohnen, arbeiten, lernen und ihre Freizeit verbringen. Ziel ist es, die Menschen in zwei Jahren in Bewegung zu bringen, sie zu animieren, über ihren Gesundheitszustand nachzudenken und sie zu aktivieren.



Momentan erfolgt eine Bestandsaufnahme mit den Menschen, die in Wehringhausen leben, und den Akteuren vor Ort. Es erfolgt eine Fragebogenanalyse mit Fragen zur Beurteilung des Gesundheits- und Ernährungszustandes, welche Angebote bekannt sind und genutzt werden und welche Wünsche und Bedürfnisse bzgl. von Angeboten erforderlich sind. Dadurch sollen Angebotslücken aufgezeigt und Doppelstrukturen vermieden werden. Das Projekt erfolgt zusammen mit der Hochschule für Gesundheit und wird in den zwei Jahren der Projektlaufzeit evaluiert.

Ziel für die nächsten zwei bis drei Monate ist die Einrichtung eines Gesundheitsteams mit engagierten Menschen, die sich aktiv in die Durchführung von Maßnahmen und auch bei der Ideenfindung einbringen. Endgültiges Ziel ist, ein Netzwerk zu gründen, die Bewohner in Bewegung gebracht zu haben und eine Übertragbarkeit auf andere Stadtteile und ggf. auf andere Kommunen.

Auf Nachfrage von Herrn Höfig bzgl. der Fragebögen führt Frau König aus, dass in der dritten Oktoberwoche Interviews rund um den Wilhelmsplatz stattgefunden haben und in zwei Wochen noch einmal gezielt in den Einrichtungen Interviews stattfinden. Parallel laufen derzeit auch die Experteninterviews mit Leitern von Schulen, Kitas und Seniorenzentren.

Herr Bögemann weist auf eine schwierige Klientel hin und schildert, dass der Stadtsportbund dort auch bereits versucht hat, mit einem niederschweligen Angebot Fuß zu fassen. Auf die Nachfrage wegen der Beschränkung auf Migranten aus Bulgarien und Rumänien erklärt Frau König, dass sie alle anderen Menschen mit Migrationshintergrund zur Zielgruppe 1 (junge Familien, Alleinerziehende, Kinder und Jugendliche) gezählt haben. Herr Bögemann bietet an, dass der Stadtsportbund gerne die Arbeit des Projektes unterstützen würde. Frau König bedankt sich für das Angebot und informiert, dass bereits diese Woche ein Gesprächstermin mit dem Stadtsportbund ansteht.

Frau Sauerwein weist auf die verschiedenen Kooperationspartner in Wehringhausen hin, die bereits jetzt mit dem „schwierigen Klientel“ zusammenarbeiten und dem Projekt als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

Frau König erläutert auf Nachfrage, dass es sich bei ihrer Stelle um eine Projektstelle für die Dauer von zwei Jahren handelt. Eine Verlängerung auf insgesamt fünf Jahre ist möglich. Frau König hofft, dass sich die entwickelten Strukturen so implementieren, dass sie auch ohne Fördergelder fortbestehen können.

Herr Bögemann führt auf Nachfrage von Frau Karakaya bzgl. der Form der Ansprache der Migranten noch einmal aus, dass persönliche Gespräche in den Familien geführt wurden, sie viele Kinder auch über die Schulen erreichen und in Sportprojekte einbinden konnten, aber die dauerhafte Einbindung in den Sport sich schwierig gestaltet. Frau Karakaya weist darauf hin, dass bei diesem Personenkreis bereits eine gewisse Scheu und mangelndes Vertrauen besteht und hier Vorarbeiten zu leisten sind.

Herr Matzke bittet um Vorschläge von Seiten des Seniorenbeirats für eine Erreichbarkeit von u.a. allein stehenden älteren Damen um auch einer Vereinsamung ent-



gegenzuwirken. Frau Sauerwein verdeutlicht in diesem Zusammenhang noch einmal, dass nicht nur Migranten, sondern auch Senioren eine Scheu und Vertrauensprobleme gegenüber Neuem und fremden Menschen haben.

Herr Homm schlägt als Erreichbarkeitsmöglichkeit die Kirchen und die Familienzentren vor.

Frau Wiewiorka schildert, dass es auch für die Begegnungsstätten schwierig ist Menschen zu erreichen. Vieles läuft über Mundpropaganda und man muss Geduld haben.

Herr Klein weist darauf hin, dass die Bewohner in Seniorenzentren meist nicht mehr die fittesten sind, aber z.B. Bewohner von Seniorenwohnungen angesprochen werden könnten. Aufgrund der Hemmschwelle der Senioren würde gegebenenfalls eine Vertrauensperson des Verbandes, die den Menschen bekannt ist, die Arbeit der Projektmitarbeiter erleichtern. Er bittet darum, nicht jetzt schon das Projekt zu zerreden und macht den Vorschlag, dass Frau König in einem Jahr eine Rückmeldung zu den bereits erreichten Ergebnissen gibt.

Frau Sauerwein bedankt sich bei Frau König und Herrn Matzke und bietet die Unterstützung durch den Seniorenbeirat an.

4. Verbindliche Bedarfsplanung für vollstationäre Pflegeeinrichtungen in Hagen 2018 bis 2021 nach § 7 Abs. 6 Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW)

Vorlage: 0907/2018

Frau Sauerwein begrüßt Frau Gleiß vom Fachbereich Jugend und Soziales, die die Pflegebedarfsplanung vorstellt.

Auf Nachfrage von Herrn Höfig erläutern Frau Gleiß und Herr Goldbach, dass es den Kommunen freigestellt war, das Instrument der verbindlichen Bedarfsplanung einzuführen. Die Stadt Hagen hat sich für dieses Instrument entschieden und die verbindliche Bedarfsplanung ist jedes Jahr neu vom Rat zu beschließen. Herr Goldbach betont, dass sich das Instrument bewährt hat und auch weiterhin benötigt wird. Dies entspricht auch der Meinung der Großstadtsozialämter im Deutschen Städtetag. Auf Städtetagebene setzt man sich auch dafür ein, dass dieses Instrument beibehalten wird. Herr Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, befindet sich in der Überlegung, ob dies nicht durch den Markt geregelt wird und damit das Instrument überflüssig ist. Herr Goldbach betont, dass die verbindliche Bedarfsplanung nicht nur für eine vernünftige Planung und die Realisierung an der richtigen Stelle wichtig ist, sondern auch einen Schutz für die bestehenden und bewährten Einrichtungen bietet. Daher erfolgt auch an den Rat die dringende Empfehlung, weiterhin an dieser verbindlichen Pflegebedarfsplanung festzuhalten.

Herr Bögemann fragt nach, ob die dementiellen Erkrankungen zunehmen und in wie weit das Personal in Tagespflegeeinrichtungen entsprechend für dementiell veränderte Menschen geschult ist. Frau Gleiß berichtet, dass die dementiellen Erkrankungen zunehmen und Frau Beck weist darauf hin, dass das Personal, wie in vollstatio-



nären Einrichtungen auch, entsprechend geschult ist und Fachkräfte etc. vorhält.

Auf die Nachfrage von Frau Sauerwein, wie die Stadt Pflegewohngemeinschaften initiieren will, erläutert Frau Gleiß, dass hier außer bei der Grundstücks- oder Häusersuche für Investoren die Möglichkeiten der Stadt sehr gering sind. Sie weist darauf hin, dass ggf. im Rahmen des ISEK darauf hingewirkt werden kann. Frau Beck berichtet, dass einige ambulante Dienste in der nächsten Zeit Tagespflegen einrichten und im nächsten Schritt auch Wohngemeinschaften initiieren wollen.

Frau Gleiß bedankt sich für die Anregung von Herrn Homm, die AG der Wohnungsgenossenschaften/-gesellschaften zur Einrichtung einer ggf. gemeinsamen Pflegewohngemeinschaft anzusprechen.

Frau Sauerwein bedankt sich für die Präsentation bei Frau Gleiß und verliert den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

1. Der Pflegebedarfsplan für Hagen 2018 bis 2021 wird beschlossen und gem. § 7 Abs. 6 des Alten- und Pflegegesetzes verbindlich festgestellt. In der Stadt Hagen besteht der Bedarf für ein weiteres Pflegeheim mit 80 Plätzen.
2. Die Stadt Hagen macht von ihrem Recht gem. § 11 Abs. 7 Alten- und Pflegegesetz NRW Gebrauch. Eine Förderung für vollstationäre Pflegeeinrichtungen im Sinne des § 14 APG NRW, die im Zuständigkeitsbereich der Stadt Hagen liegen und zusätzliche Plätze schaffen sollen, wird von einer Bedarfsbestätigung der Stadt abhängig gemacht. Diese wird nur erteilt, wenn ein Bedarf für die Einrichtung auf der Grundlage der örtlichen verbindlichen Bedarfsplanung nach § 7 Abs. 6 APG NRW bestätigt werden kann. In der Bedarfsbestätigung ist festzulegen, in welchem Stadtbezirk der Bedarf besteht. Bedarfsbestätigungen werden nur für die Stadtbezirke Hohenlimburg oder Hagen-Nord erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5. Begegnungsstätten in Hagen – Jahresbericht 2017

Vorlage: 1050/2018

Frau Gleiß informiert, dass der Bericht der Begegnungsstätten bisher Teil des Berichts der Wohlfahrtsverbände war und nun erstmalig in dieser Form erschienen ist. In Zusammenarbeit mit den Begegnungsstätten wurden neue Fragebögen entwickelt. Frau Gleiß lobt die gute Zusammenarbeit mit den Begegnungsstätten und betont, dass es positiv sei, einen Bericht nur für die Begegnungsstätten zu haben, der auch zeigt, wie wichtig die Arbeit der Begegnungsstätten ist.

Frau Gleiß berichtet, welche und wie viele Begegnungsstätten in Hagen bestehen, welche Angebote gemacht werden und betont, dass jede Begegnungsstätte auch eine Beratung anbietet. Zusätzliche Angebote erfolgen durch die Kirchengemeinden, die Wohnungsgenossenschaften/-gesellschaften, das Haus für Kinder, die VHS und



Serviceangebote durch das Stadttheater. Zurzeit erfolgen Gespräche mit den Leitern der Begegnungsstätten zur gemeinsamen Überarbeitung der Richtlinien. Die Änderungen werden dann auch im Seniorenbeirat vorgelegt.

Frau Sauerwein bedankt sich für die Vorstellung des Tätigkeitsberichtes bei Frau Gleiß.

Herr Lechte fragt nach, ob es einen Angebotskatalog der Begegnungsstätten gibt. Herr Pege und Frau Sauerwein verweisen auf „Unser Hagen“ und die Seniorenzeitung „Junges Altes Hagen“, welche die Angebote der Begegnungsstätten teilweise sehr umfangreich auführen. Die Seniorenzeitung ist an vielen Stellen im Stadtgebiet ausgelegt.

Herr Klein lobt den Bericht und stellt fest, dass er auch der Darstellung der geleisteten Arbeit der Begegnungsstätten gerecht wird.

Herr Bögemann schließt sich dem an und regt an, diesen Bericht auch der Politik zur Verfügung zu stellen um eine Aufstockung der finanziellen Mittel zu erreichen.

Frau Sauerwein verweist darauf, dass die Vorlage noch im Sozialausschuss thematisiert wird und somit auch die Politik involviert ist. Der Bericht sollte auch bei der nächsten Haushaltsplanberatung für die weitere Finanzierung Beachtung finden.

Herr Goldbach macht noch einmal deutlich, dass die Arbeit der Begegnungsstätten besser kommuniziert werden muss und damit auch der Stellenwert für die Stadt sichtbar wird. Ein erster Schritt wurde bereits in den letzten Haushaltsplanberatungen gemacht, wo eine kleine Dynamisierung der Förderbeträge beschlossen wurde. Weiterhin wird sichtbar, wo sich evtl. Planungsbedarf ergibt.

Herr Wegener bittet darum, den Trägern einen Dank auszusprechen und dies auch an die ehrenamtlichen Mitarbeiter weiterzugeben. Frau Gleiß berichtet, dass Frau Kaufmann bereits die selbe Idee hatte und ein Dankeschreiben vorbereitet wurde, um die Arbeit, vor allem auch die ehrenamtliche, zu würdigen.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

6. 16 Strategische Ziele für Hagen (Version Juli 2018)

Vorlage: 0734/2018

Frau Sauerwein erklärt, dass die Vorlage im Seniorenbeirat bereits zur Kenntnis genommen wurde und die Anregungen auch schon in die strategischen Ziele eingearbeitet wurden. In den Sommerferien sind von den verschiedenen Fraktionen noch Anmerkungen und Anregungen gekommen, welche mit der Stellungnahme der Verwaltung den Mitgliedern vorliegen.

Frau Sauerwein verliest den Beschlussvorschlag und stellt ihn zur Abstimmung.



Beschluss:

Der Seniorenbeirat empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Hagen beschließt die 16 Strategischen Ziele des ISEK – „HAGEN-plant 2035“ in der Version Juli 2018.

Die Änderungsanträge der Ratsfraktionen der CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Bürger für Hohenlimburg/Piraten werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

7. Masterplan und Mobilität

Herr Homm berichtet, dass der Masterplan Mobilität sehr wenig zu Fußgängern ausführt. Um eine Stadt attraktiver zu machen, muss man sie auch für Fußgänger attraktiver machen.

Herr Homm führt aus, dass in vielen deutschen Städten bereits eine Überschreitung des NO²-Grenzwertes vorliegt. Die Deutsche Umwelthilfe e.V. hat bereits aufgrund der Nichteinhaltung der Grenzwerte gegen zahlreiche Städte Klage erhoben und weitere angedroht, unter anderem auch gegen Hagen. Vor diesem Hintergrund hat die Stadt sich entschlossen, einen Masterplan für nachhaltige Mobilität zu erarbeiten, der als Grundlage für die Umsetzung emissionsreduzierender Maßnahmen dient und eine Mobilitätswende in Hagen einleiten soll. Herr Homm betont, dass die Mobilitätswende als kontinuierlicher Prozess nur durch engagierte Zusammenarbeit aller Akteure vor Ort erfolgreich umgesetzt werden kann. Die Mobilitätswende betrifft sowohl den Personen- als auch den Güterverkehr. Für den Personenverkehr wird hier das Ziel verfolgt, bis zum Jahr 2035 den Anteil des Umweltverbundes aus öffentlichem Verkehr sowie Rad- und Fußverkehr an den zurückgelegten Wegen der Hagener Bürgerinnen und Bürger von aktuell 38 % auf 50 % zu steigern. Hierbei ist der Fußgängerverkehr zu stärken. Zu diesem Zweck wird ein Fußgängerverkehrskonzept benötigt, welches dazu beitragen kann, Wege vom motorisierten Individualverkehr zu verlagern, den Platzbedarf von Straßen zu reduzieren und die Stadt als Lebensraum zu fördern.

Um das Konzept mit Leben zu füllen, sollten in Hagen Arbeitsgruppen für den Fußverkehrs-Check eingeführt werden. Der Fußverkehrs-Check ist der Einstieg in die Fußverkehrsförderung. Die autozentrierte Stadt- und Verkehrsplanung der letzten Jahrzehnte hat oft dazu geführt, dass die öffentlichen Räume der Städte und Gemeinden nicht zum Verweilen und Zufußgehen einladen. Es fehlen Fußgängerüberwege, Bürgersteige sind zu schmal oder werden zugeparkt. Herr Homm verdeutlicht, dass Fußgänger selbst am besten wissen, was gut für sie ist, und daher sollte man sie bei der Planung und Gestaltung der Fußwege einbeziehen.

Herr Homm erläutert, dass der Ablauf eines Fußverkehrs-Checks in fünf Schritten geplant ist:



1. Vorbereitungen zum Fußverkehrs-Check
Er wird in jeder Kommune individuell ausgestaltet und ggf. an die kommunalen Erfordernisse angepasst. In einem externen Büro der Stadtverwaltung muss eine zentrale Ansprechperson benannt werden. Die Person begleitet den gesamten Fußverkehrs-Check und organisiert die Öffentlichkeitsarbeit
2. Der Auftaktworkshop
Mit einem zweistündigen Auftaktworkshop beginnt der eigentliche partizipative Teil des Checks. Ziel ist, alle Beteiligten mit den Belangen von Fußgängerinnen und Fußgänger und der Thematik Fußverkehr ausreichend vertraut zu machen.
3. Die Durchführung der Begehung
Bei den Begehungen, dem Kernstück des Checks, werden vor Ort die Probleme und Belange der Fußgänger sowie der Verkehrssituation betrachtet.
4. Der Abschlussworkshop
Der Abschlussworkshop dient einer ersten Aufbereitung der Begehungen.
5. Nachbereitung des Fußverkehrs-Check
Es wird auf Grundlage des Abschlussworkshops eine abschließende Dokumentation erarbeitet, die die Situation des Fußverkehrs vorstellt, bewertet und konkrete Maßnahmenvorschläge liefert.

Herr Homm bittet daher, für die Aufstellung eines guten Verkehrskonzeptes, den Seniorenbeirat und den Beirat für Menschen mit Behinderung auf der Grundlage eines Fußverkehrs-Checks in einen möglichen Arbeitskreis einzubinden.

Frau Sauerwein bedankt sich für die Ausführungen bei Herrn Homm und verweist auf die bereits seit längerem geführte Debatte bzgl. der Ampelschaltungen. Hier hat sich gezeigt, dass die Problematik der Fußgänger gegenüber dem anderen Verkehr immer wieder zurückstecken muss. Dies ist einer der Gründe, warum es einen Arbeitskreis „Fußgängerverkehr“ geben sollte. Gerne würde sich der Seniorenbeirat bei den Beratungen einbringen.

Herr Bögemann und Herr Wegener unterstützen diesen Antrag. Herr Pege, als Scooterfahrer, macht noch einmal auf seine spezielle Problematik bei der Nutzung von Bürgersteigen aufmerksam und spricht sich auch für den Antrag aus.

Frau Sauerwein lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Sollte die Verwaltung einen Hagener Arbeitskreis „Fußgängerverkehr“ einrichten, wird der Sozialausschuss gebeten, den Seniorenbeirat und den Beirat für Menschen mit Behinderung auf Grundlage eines Fußverkehrs-Checks einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



8. Bericht aus der Landessenorenvertretung

Frau Sauerwein teilt mit, dass es derzeit nichts aus der Landessenorenvertretung zu berichten gibt. Sie berichtet, dass sie letzte Woche auf einer Sitzung der Landesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen als Gast beim DGB war und dort u.a. das Landessenorenmitwirkungsgesetz Thema war. Die Senioren im DGB befürworten, dass auch in NRW – wie in einigen Bundesländern - ein Landessenorenmitwirkungsgesetz erlassen wird. Die LSV und die Seniorenvertretungen fordern seit langem, dass die Seniorenbeiräte in die Gemeindeordnung aufgenommen werden. Bislang ist dies nur als Soll-Empfehlung in der Gemeindeordnung NRW festgeschrieben. Bislang hat noch keine Landesregierung diesem Wunsch entsprochen. Die LSV und der DGB diskutieren zurzeit, ob es besser sei auf Gemeindeordnungsebene zu verhandeln oder ein Mitwirkungsgesetz zu fordern. In einigen Bundesländern besteht bereits ein Mitwirkungsgesetz. Laut Aussage des Ministers, Herrn Laumann, sei Altenpolitik Kommunalpolitik. Diese ist aber anders wie z.B. Jugendhilfe keine Pflichtaufgabe und daher sei es schwierig, dass zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Weiteres Thema war der Auslauf der Förderung für das Forschungsinstitut für Gerontologie. Die LSV wird durch Frau Eifert, Mitarbeiterin des Institutes, wissenschaftlich begleitet und unterstützt. Frau Sauerwein betont, dass es sich hier um eine sehr wichtige Unterstützung handelt, da die Mitglieder alle ehrenamtlich arbeiten und Frau Eifert sich z.B. kümmert, wenn Förderprojekte auf Landesebene anstehen und sie auch die wissenschaftliche Beratung der LSV-Mitglieder übernimmt.

Weiterhin steht auch an, dass die Landesförderung von Zwar auslaufen soll und das Dialogforum auf der Kippe steht. Bei der LSV wurde Kritik geäußert, dass diese wichtigen Institutionen der Altenpolitik in Frage gestellt werden. DGB und LSV wollen ein gemeinsames Papier für die Kommunalwahl im nächsten Jahr vorbereiten, wo diese Punkte aufgegriffen werden sollen.

Frau Sauerwein informiert, dass die Landesarbeitsgemeinschaft zweimal im Jahr tagt und ein weiteres Thema „Altersarmut und Energie“ sein soll. Die Zahl der Abschaltungen von Energie hat zugenommen und man möchte mit einem Energieanbieter darüber diskutieren und klären, was man auf Landesebene dagegen tun kann.

9. Bericht aus dem Sozialausschuss

Herr Klein berichtet aus der letzten Sitzung des Sozialausschusses vom 09.10.2018. Themen der Sitzung waren „GEWINN Hagen“, ein Sachstandsbericht zum Rettungsdienstbedarfsplan, Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände mit einem Vortrag des Vereins NOVA, Maßnahmevorschläge zur Verbesserung der Situation auf dem Freizeitareal „Bohne“ und die Entwicklung einer Vorlage durch den Fachbereich Jugend und Soziales sowie den Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz zur Realisation der Substitutionsambulanz.

10. Bericht aus den Arbeitsgruppen

Herr Klein berichtet aus der Konferenz „Alter und Pflege“ vom 29.10.2018. Hier haben sich der Hohenlimburger Bauverein mit seinem Projekt einer Demenz-Wohngruppe, Auf dem Lölfert 2 in Hohenlimburg, und eine neue Tagespflegeeinrichtung „Am Markt“ in der Brüderstrasse in Altenhagen des privaten Pflegedienstes



Mohring, vorgestellt. Weiterhin wurde dort auch die neue Pflegebedarfsplanung vorgestellt.

11. Bericht aus den Begegnungsstätten

Es erfolgten keine weiteren Wortmeldungen.

12. Mitteilungen

Frau Sauerwein berichtet über die Anfrage der Agentur Talpa, die Teilnehmer für eine zweite Staffel der ZDF-Sendung „Mit 80 Jahren um die Welt“ sucht. Flyer wurden zur Verfügung gestellt und Rückfragen sind bei Frau Sauerwein und Frau Schlachtenrodt möglich.

Frau Sauerwein informiert, dass ein Besichtigungstermin der Stadtbücherei für 30 Teilnehmer angeboten werden kann. Sie wird für Januar oder Februar 2019 einen Termin absprechen und mitteilen.

Frau Sauerwein berichtet von einem Projekt der Uni Witten-Herdecke, wo wissenschaftlich untersucht werden soll, ob durch regelmäßiges begleitetes Spazierengehen die Gesundheit und Leistungsfähigkeit sowie die Lebensqualität von älteren Menschen verbessert werden kann. Das Projekt wird in Pflegeheimen des Ruhrgebietes durchgeführt. Gesucht werden noch ehrenamtliche Helfer für die begleiteten Spaziergänge. Frau Sauerwein wird noch ermitteln, welche Einrichtungen in Hagen daran teilnehmen und wo sich Interessierte melden können.

Termine der Sitzungen des Seniorenbeirats in 2019: 26.02., 09.04., 04.06., 24.09. und 12.11.2019.

Nächste Mitgliederversammlung der LSV ist am 25.04.2019 in Recklinghausen.

13. Verschiedenes

Zu diesem TOP erfolgte keine Wortmeldung.

Ende des öffentlichen Teiles: 17:00 Uhr



C. ANWESENDE

<u>Name</u>	<u>Bemerkungen</u>
-------------	--------------------

Herr Wilhelm Bögemann - SPD
Frau Angela Giacobelli - Zwar
Herr Manfred Heidenreich – AWO
Frau Roswitha Hentschel – Die Linke
Herr Jürgen Höfig - Der Paritätische
Herr Gerd Homm - DGB
Herr Bernhard Jung – CDU
Frau Songül Karakaya - Integrationsrat
Herr Hans-Jürgen Klein - DRK
Herr Klaus-Dieter Kreuser – FDP
Herr Andreas Lechte – Bürger für Hohenlimburg/Piraten
Frau Brunhild Marks - Hagen Aktiv
Herr Torsten Pege - AWO
Frau Ruth Sauerwein - B90/Grüne
Herr Horst Teuber – CDU
Herr Wolfgang Wegener – DGB
Frau Ursula Werkmüller - Stadtsportbund
Frau Beate Wiewiorka - Diakonisches Werk

Ruth Sauerwein
Vorsitzende/r

Schlachtenrodt, Katja
Schriftführer/in